
Heite, Catrin (2010): Anerkennung von Differenz in der Sozialen Arbeit. Zur professionellen Konstruktion des Anderen. In: Fabian Kessl und Melanie Plößer (Hg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. Wiesbaden: VS, S. 187–200.

Abstract

„Differenz, Anerkennung, Soziale Arbeit“ - begrifflich ist mit dieser Reihung die Frage markiert, wie pädagogisch und politisch angemessen, also professionell, mit Unterschieden zwischen Personen und Personengruppen umzugehen ist.

Mit welchen Formen von Differenz hat Soziale Arbeit es zu tun? Wie werden diese Differenzen thematisiert? Welche Relevanz haben unterschiedliche Differenzierungen und welche Differenzierungspraktiken werden in Sozialer Arbeit selbst ausgeübt? Wie ist Andersheit in Sozialer Arbeit zu repräsentieren? Diesen Aspekten wird im Folgenden aus der Perspektive nachgegangen, welche Möglichkeiten anerkennungstheoretische Überlegungen für einen reflexiven und selbstreflexiven Umgang mit Differenzierungen in Sozialer Arbeit bieten.

1. Differenz

Differenz, Heterogenität, Vielfalt, Verschiedenheit - diverse bedeutungsähnliche Bezeichnungen kursieren in der Debatte um jene Fragen nach Umgehensweisen mit Differenz und Differenzkonstruktion in und durch Soziale Arbeit. Diese Begriffe verweisen auf vor allem feministisch, queertheoretisch und postkolonial induzierte Auseinandersetzungen mit ökonomistischen Engführungen klassenstruktureller Perspektiven und die entsprechende Ausweitung von Ungleichheitsanalysen auf Kategorien wie Geschlecht, „Rasse“, Ethnizität, Weiß-Sein, Körper, Nationalität, Sexualität. Nicht nur unter dem aktuellen Label Intersektionalität oder Interdependenz (vgl. u. a. Anderson 2005, Klinger/Knapp 2008, McCall 2005, Walgenbach et al.) wurden und werden insbesondere auch die Zusammenhänge zwischen den Kategorien - wie etwa Geschlecht und Klasse (vgl. u. a. Beer 1987, Frerichs/Steinrücke 1993, Frerichs 1997, Gottschall 1995, 2000) oder Geschlecht und „Rasse“ (vgl. u. a. Andersen/Hill Collins 2004, Eggers et al. 2005, Frye 1983, Fuchs/Habinger 1996, Glenn 2002, hooks 2000) bearbeitet. Vor dem Hintergrund postmoderner und dekonstruktivistischer Perspektiven hat sich in der Untersuchung dieser Themenstellungen vor allem auch verändert, dass die Kategorien nicht mehr als naturgegeben, sondern als gesellschaftliche Ordnungsformate betrachtet werden, deren ungleichheitsgenerierende Wirkung aufzuheben ist. Gesellschaftliche Ordnungsformate meint, dass es sich um sozial hergestellte Differenzkategorien handelt, kraft derer Macht- und Herrschaftsverhältnisse - wie etwa geschlechterhierarchische Arbeitsteilung - aufrecht erhalten werden.

In der auch jenseits diese explizit kritische Analyse und Theoriebildung stattfindenden konjunkturellen akademischen, politisch-programmatischen, betriebswirtschaftlichen und medialen Verwendung der Begriffe Differenz, Vielfalt oder Verschiedenheit ist nun auffällig, dass ein Begriff fehlt. Zusehends weniger Verwendung findet der Begriff „Ungleichheit“. Dieser wird in wachsendem Maße ersetzt durch jene positiv belegten, Zustimmung provozierenden, anerkennenswert erscheinenden Begriffe der „Differenz“ oder „Heterogenität“. Durch diese - nur scheinbar synonyme - Ersetzung verschwindet hinter einem „Alles schön bunt hier“ (Widersprüche 2007) auch der Widerspruch auslösende und auf Überwindung zielende Bedeutungsgehalt von mit Ungerechtigkeit assoziierter „Ungleichheit“: Die Verständigung über strukturelle Ungleichheiten, Benachteiligungen und Diskriminierungen ist systematisch verbunden mit Überlegungen, wie dem am besten entgegengewirkt werden kann, wie mit unterschiedlichsten sozialpolitischen Maßnahmen ein mehr an Gerechtigkeit herzustellen ist. Im Gegensatz dazu wird Gerechtigkeit zurzeit einhergehend mit jener Veränderung des Vokabulars von Ungleichheit hin zu Differenz neu bestimmt.

Denn wenn statt von ‚abzuschaffender Ungleichheit‘ von ‚aner kennenswerter Differenz‘ die Rede ist, wird damit weniger strukturelle Benachteiligung, sondern per se wertvoll erscheinende gruppenspezifische und individuelle Andersheit diskutiert. Damit verändert sich die gerechtigkeitspolitische Denk- und Interventionsperspektive wesentlich. Gemeint ist dann nämlich weniger die Aufhebung von (sozialstruktureller) Ungleichheit und deren Gegenmaßnahme materieller Umverteilung, weniger die skeptische Frage, warum welche Differenzen hergestellt werden und weniger deren Abschaffung als Ungleichheitskategorien. Stattdessen wird die aufwertende Anerkennung kollektiver und subjektiver Andersheit betont und die Bestätigung vermeintlich gegebener kultureller Differenz betrieben. So werden beispielsweise in der Debatte um eine so genannte „neue Unterschicht“, die sich durch eine „Kultur der Armut“ auszeichne, Klassegegensätze kulturalisiert (kritisch vgl. Groh/Keller 2001) oder in der Rede von „Multikulturalismus“ differenzierte Zugehörigkeiten substantialisiert, Personen auf diese verpflichtet, als Repräsentat_innen des Anderen adressiert und die Verantwortlichkeit der jeweiligen subjektiven und kollektiven Akteure - für sich selbst in ihrer jeweiligen Differenz - akzentuiert (kritisch vgl. Bienfait 2006).

In dieser antonymen Modulation bleiben zwar die Kategorien, die behandelt werden, prinzipiell gleich - in beiden Thematisierungsweisen werden u. a. Geschlecht, Klasse, Ethnizität, Lebensstil, Sexualität behandelt. Allerdings werden diese Kategorien unter veränderten Vorzeichen, nämlich nicht mehr als abzuschaffende Ungleichheiten, sondern als aufzuwertende Differenzen verhandelt. In diesem Sinne werden sie mit veränderten, geradezu gegensätzlichen Bedeutungen versehen, die nunmehr den Wert der Unterschiede, statt deren Ungerechtigkeitsdimension pointierten - also Anerkennung von Differenz statt Aufhebung von Ungleichheit. Was damit gemeint ist, lässt sich am Beispiel der Kategorie Klasse besonders deutlich zeigen. Anerkennungspolitiken mit ihrer kulturalisierenden und entdramatisierenden Konnotation sind als Politiken der Herstellung von mehr Gerechtigkeit unter Umständen völlig unangebracht, wenn sie Klassenwidersprüche - genauso wie andere Differenzlinien - *aufwerten*, anstatt sie *aufzulösen*, als sei es per se gut, einer spezifischen Klasse anzugehören. Mit einer solchen Positivierung wird dann eben nicht erwähnt, welche z. B. materiellen Benachteiligungen mit dieser Zugehörigkeit verbunden sind, was wiederum mit entsprechenden Umverteilungsmaßnahmen verbunden wäre. In anderen Worten: „the last thing the working class needs is recognition of their difference“ (Sayer 2005: 176).

Mit einer solchen Analyse der ungleichheitslegitimierenden Wirkung der variierten Benennungen ist jedoch *nicht* auf eine prinzipielle Negation von Differenz zu schlussfolgern. Vielmehr gilt es, die vor allem im cultural turn aufgezeigten Relevanzen, die mit Begriffen wie Differenz, Vielfalt oder Verschiedenheit zu besprechen sind - wie etwa die Modi der Konstruktion von Differenzkategorien und deren ungleichheitsgenerierende Kraft - analytisch, theoretisch und professionell-praktisch zu realisieren. Angemessen ist weder die differenzblinde Thematisierung ökonomischer Ungleichheit, noch die ungleichheitsblinde Idealisierung kulturalisierter Differenz. „Jenseits von Kulturalismus und Ökonomismus“ (Fraser 2003: 72) stellt sich stattdessen die Aufgabe, beide Aspekte ungleichheitsanalytisch zusammenzudenken und Differenzanerkennung mit der Abschaffung von Ungleichheit zu assoziieren.

Die so umrissene Aufgabenstellung verweist wesentlich auf die Annahme, dass eine irreduzible Vielfalt menschlicher Selbst- und Weltverhältnisse - ihre Nicht-Homogenität - gesellschaftliche Normalität ist. Empirisch ist es also schlicht falsch, vor allem aber auch politisch riskant, diese Realität von Andersheit zu ignorieren. Personen und Personengruppen haben unterschiedlichste Vorstellungen vom guten Leben und verwirklichen diese. Dementsprechend bestehen Heterogenität von Formen der Lebensführung sowie differente Bedürfnisse und Wünsche. Der Bestand an unterschiedlichsten, auch gegensätzlichen und strittigen Formen der Lebensführung, Vorstellungen und Willensbekundungen stellt auch Soziale Arbeit vor die Frage nach pädagogisch und politisch angemessenen Formen des Umgangs mit Differenz. Diese Herausforderung ist umso größer für eine Soziale Arbeit, die ihren Normalisierungsauftrag kritisch reflektiert und die Differenzen nicht unhinterfragt anerkennen, sondern erkunden will, wie und warum diese Differenzen relevant gemacht werden, was sie bedeuten und welche Wirkungen sie entfalten.

Dem Begriff der Differenz kommt in der Ausrichtung und Denkweise einer solchen ungleichheits- und struktursensiblen Sozialen Arbeit die Bedeutung zu, dass sich die Vielfalt, Diversity, Heterogenität von Adressat_innen(gruppen) vor allem und insbesondere aus deren Betroffenheit von unterschiedlichsten Formen der Benachteiligung ergibt.

Differenzen können und müssen analytisch damit weniger als aner kennenswerte Qualitäten an sich, sondern zutreffender als machtvolle Zuschreibungspraxen und Benachteiligungsmuster ungleichheits(re)produzierender Strukturen betrachtet werden. Kategorien der Differenz wie etwa Geschlecht oder Ethnizität liegen also nicht naturhaft oder kulturell essenziell und damit quasi-naturhaft vor. Sie sind vielmehr das Ergebnis entsprechender Praxen der Differenzierung, wie der Vergeschlechtlichung oder der Ethnisierung. Mithin ist den Kategorien selbst ebenso wie den Differenzierungspraktiken mit Skepsis zu begegnen, anstatt sie in ihrem Vorhandensein als gegeben, unantastbar und unveränderlich zu begreifen.

Eine solche Perspektive steht im Widerspruch zu jener beschriebenen Praxis, statt zu beseitigender Ungleichheiten aufzuwertende Differenzen zu thematisieren. Der Wandel von Analysen und Politiken der Gleichheit und Umverteilung hin zu Analysen und Politiken der Differenz und Anerkennung geht mit jener begrifflichen und repräsentativen Verschiebung einher, der mit Blick auf die Frage nach einem angemessenen pädagogischen Umgang mit Differenz eine professionell legitimierte Absage erteilt werden kann. Professionell am Leitmotiv der Gerechtigkeit orientiert gilt es vielmehr erneut und weiterhin, Homogenitäten und Dichotomisierungen eines ‚Wir-und-die-Anderen‘ sowie diesbezügliche Normalitäts- und Abweichungsannahmen anzuzweifeln. Insbesondere der Rekurs auf eine explizit kritische Wissenschaft, wie sie etwa in feministischer, postkolonialer und queerer Theoriebildung stattfindet (vgl. u. a. Gutiérrez-Rodríguez/Steyerl 2003, Eggers et al. 2005, Tißberger et al. 2006, Walgenbach et al. 2007), ist für einen differenzierten Umgang mit Differenz(en) in einer sich ebenfalls kritisch verstehenden Sozialen Arbeit hilfreich. Eine solche Ausrichtung Sozialer Arbeit macht jene Fragen nach den Bedeutsamkeiten der einzelnen Differenzlinien, deren Verhältnissen zueinander und den von jenen aufgeladenen Differenzen formierten Lebenswirklichkeiten von Menschen ungleichheitsanalytisch und antiessenzialistisch bearbeitbar.

Auch in einer solchen Herangehensweise ist begründungsfähig, Personen(gruppen), die aufgrund von Differenzzuschreibungen Benachteiligungen erfahren, besondere Rechte zukommen zu lassen und besondere Politiken, wie etwa aktive Gleichstellungspolitik, zu implementieren, ohne dabei jedoch die Differenz ‚an sich‘ als essenziell zu stabilisieren, das heißt zu suggerieren, sie sei quasi naturgegeben. Diese Perspektive nimmt Differenzen eben gerade nicht als vorgängig und unveränderlich vorhanden an, sondern als *sowohl* sozialstrukturell verursacht *wie auch* als sich aus den Wahlmöglichkeiten subjektiver und kollektiver Akteure bezüglich ihrer Zugehörigkeiten und spezifischer Formen der Lebensführung ergebende Unterschiede. Daraus wiederum resultiert die Forderung, Differenz in der komplizierten Verhältnissetzung von Struktur und Akteur, in der diffizilen Verwiesenheit von gesellschaftsordnender Makro- und individueller Mikroebene nicht nur als machtvollen Unterwerfungsmechanismus, sondern *auch* als Ergebnis autonomer, revidierbarer Entscheidungen subjektiver und kollektiver Akteure anzuerkennen. An dieser Stelle bietet sich nun der Begriff Anerkennung in einer auf den Status von Akteuren bezogenen Konzeption an, die einen kategorialen Rahmen bereitstellt, innerhalb dessen die Position(ierung), die Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten unterschiedlichster Personen(gruppen) in den Blick genommen werden können.

2. Anerkennung

Anerkennung - dieser Begriff steht vor dem Hintergrund vielfältiger Benachteiligungs- und Ausschlussverhältnisse für politische und theoretische Auseinandersetzungen um Fragen sozialer Gerechtigkeit. So drückt der Begriff „Anerkennung“ eine Haltung der Achtung gegenüber ‚den Anderen‘ aus, die zu verstehen, schätzen, akzeptieren, tolerieren, ernst zu nehmen sind. Dabei gilt Anerkennung sowohl den allgemeinen, als auch den konkreten Anderen, also sowohl einzelnen Personen als

auch Gruppen. Es geht also um spezifische Aspekte der Umgehensweisen von Gruppen und Personen miteinander, von Rechten und Pflichten, Diskriminierung, Benachteiligung, Parteilichkeit und Gerechtigkeit. Vor dem Hintergrund einer identitäts- und subjekttheoretischen Problematisierung, die fest-schreibende Effekte von Differenzzuschreibungen hinterfragt, zielt eine *statusorientierte* Konzeption darauf, Anerkennung von Gruppen und Personen als „non-identitarian politics of recognition“ (Fraser 2000: 120) zu betreiben. Auf diese Weise lasse sich die Reifizierung von Differenz ebenso wie eine semantische und materielle Dethematisierung von Umverteilungspolitiken vermeiden und eine Vorstellung von Anerkennung fundieren, die Differenz nicht als wesentliche Konstituente gelungener Identitätsbildung, sondern als strukturierenden Faktor ungleicher Lebensgestaltungsmöglichkeiten versteht. Damit stellt sich auch für Soziale Arbeit die Frage, wie solche nicht-identitären, nicht-zuschreibenden und nicht-festlegenden Formen des Umgangs mit Differenz professionell zu implementieren sind, um der Heterogenität der Adressat_innen tatsächlich gerecht werden zu können.

Das „Statusmodell der Anerkennung“ sowie das Konzept „partizipatorischer Parität“ (Fraser 2003, 45ff, dies. 2000) ermöglichen solche nicht-identitären, nicht-festschreibenden Umgehensweisen mit Differenz, da sie inhaltlich (nicht) gleichberechtigte Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten fokussiert. Damit gestatten sie, strukturelle Ungleichheiten sowie die damit verbundenen ungerecht verteilten Partizipationsmöglichkeiten in den Blick zu nehmen. Außerdem wird es mit ihnen möglich, diese hinsichtlich der Erweiterung von Möglichkeiten der Lebensgestaltung zu bearbeiten, indem sie mit dem Abbau von Ausschluss- und Benachteiligungssituationen darauf zielen, jene Situation „partizipatorischer Parität“ herzustellen. Ungleichheit ist in dieser Sichtweise definiert als Situation, in der differenzkategoriale Zuschreibungen an Akteure es diesen erschweren oder unmöglich machen, gleichberechtigt an Gütern und Formen der Lebensführung zu partizipieren. Wesentliches Element der normativen Ausrichtung einer solchen anerkennungstheoretischen Sichtweise ist, keine inhaltlichen Vorgaben für bestimmte - als besser oder richtig vorgestellte - Formen der Lebensführung zu machen. Stattdessen ist - im Sinne einer Ausweitung und Ent-Grenzung von Lebensgestaltungsoptionen - dafür zu sorgen, dass Personen(gruppen) je für sich bestimmen können, wie sie ihr Leben gestalten wollen und als solches auch realisieren können.

Die politische Aufgabe besteht damit darin, das ‚Anders-Sein‘ subjektiver und kollektiver Akteure anzuerkennen, so dass je spezifische, zueinander auch widersprüchliche Entwürfe von Seins- und Denkweisen lebbar sind bzw. lebbar gemacht werden. Zugleich beinhaltet eine solche anerkennungstheoretische Perspektive auf Differenz das Bemühen darum, die ungleichheitsgenerierende Wirkung der Differenzkategorien außer Kraft zu setzen. Dies erfordert, die Bedeutung der Differenzkategorien als Ungleichheitsgeneratoren, also als Mittel, kraft derer Ungleichheiten produziert und reproduziert werden, anhand derer Personen(gruppen) in der gesellschaftlichen Statushierarchie der Anerkennung positioniert werden, sozialstrukturell zu analysieren und zu kritisieren. Mit diesem Verständnis von Statuspositionierungen subjektiver und kollektiver Akteure qua Differenzzuschreibungen gilt es nicht nur, Differenz‘ im Sinne unterschiedlicher und auch gegenläufiger Vorstellungen über Inhalt und Form eines ‚guten Lebens‘ sowie deren lebenspraktische Verwirklichung anzuerkennen, sondern diese auch von gesellschaftlich dominierenden Wertungen zu entkoppeln, die beispielsweise eine heterosexuelle Lebensführung als ‚normal‘, eine homosexuelle hingegen als Abweichung betrachten. Diese letztlich liberale Entkopplung wird nötig, wenn es politisch und professionell darum gehen soll, differenzbasierte Diskriminierungen der Adressat_innen als ‚Andere‘, welche die Verantwortung für die von Ihnen gelebte Differenz zu tragen haben, zu vermeiden. Damit geht es erstens um jene nicht-essenzialisierende, nicht-identitäre Anerkennung von Differenz in Form der Schaffung von Alternativen der Lebensgestaltung, wobei sich Differenz aus der Möglichkeit ergibt, dass Personen und Personengruppen ihre jeweiligen unterschiedlichen Lebensgestaltungspläne umsetzen. Zweitens sind Differenzen so auch weiterhin als Kategorien sozialer Ungleichheit zu betrachten, deren ungleichheitsgenerierende Wirkung aufzuheben ist. In diesem Kontext ist es möglich, die Reformulierung von Ungleichheit als Differenz und die damit implizit vorgenommene entdramatisierende Anerkennung von Ungleichheit zu vermeiden und statt dessen mit Bezug auf eine statusorientierte Anerkennungstheorie wohlfahrtsproduktiv in Benachteiligungsverhältnisse zu intervenieren. Eben dies stellt sich als Aufgabe einer anerkennungstheoretisch informierten, status- und differenzsensiblen Sozialen Arbeit.

3. Soziale Arbeit

Soziale Arbeit - in diesem Feld professioneller und theoriebildender Praxen treffen sich die drei Thematisierungen von Ungleichheit, Differenz und Anerkennung. Hier finden - auf mehreren Ebenen - Auseinandersetzungen über die Repräsentation von und den Umgang mit menschlicher Vielfalt statt. Insbesondere eine Fassung des Begriffs Anerkennung, mit der der *Status* von Akteuren fokussiert wird, bietet sich in der sozialarbeiterischen Frage nach angemessenen Formen der Anerkennung von Differenz an. Diese Frage betrifft Soziale Arbeit sowohl in der theoretischen und analytischen als auch in der professionellen Praxis. Differenz und Umgang mit Differenz wird sowohl aufgrund des sozialarbeiterischen Bezugs auf Gerechtigkeit, Klassenlage und gesellschaftlichen Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten von Gruppen als auch in den professionellen Interaktionen und deren Anteilen „diffuser Sozialbeziehungen“ (Oevermann 1996) bedeutsam. Dieser Aspekt verweist darauf, dass die Interaktion zwischen Professioneller und Adressat_in als Beziehung von „Person zu Person“ (Honeth/Rössler 2008) zwar keine private, aber eben doch eine *professionell gerahmte* personale Beziehung ist und sich mithin Fragen der Reziprozität, der gegenseitigen Erwartungshaltungen, der Rechte und Pflichten sowie der Gerechtigkeit innerhalb dieser Beziehung stellen, die anerkennungstheoretisch zu bearbeiten sind.

Besonders aufschlussreich für die Präzisierung der komplexen Problemstellung *im* sozialpädagogischen Umgang mit Differenz und der Frage nach der professionellen Konstruktion von Differenzen erweist sich die Repräsentation des Anderen im Kontext der Kritik an der so genannten Ausländerpädagogik und der daran anschließenden Entwicklung hin zur Interkulturellen Pädagogik. Auch das Paradigma ‚Interkulturalität‘ knüpft letztlich an die Ethnisierung gesellschaftlicher Gruppen an, deren interne Differenzen - zum Beispiel bezüglich Bildungsgrad, Zugang zu Erwerbsarbeit, Möglichkeiten politischer Partizipation, Zugang zu Wohnraum - in der homogenisierenden Adressierung als ‚Migrant_innen‘ oder ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘ zunächst keine Rolle mehr spielen. Vielmehr konstruieren Pädagogik und Soziale Arbeit sich in Theorie und Praxis jene mit dem Begriff Migration kodierte Adressat_innengruppe ohne differenzierenden Bezug auf weitere Adressat_innengruppen, wie Wohnungslose, sozial benachteiligte Personen, Schulverweigerer oder Drogenkonsument_innen. Im Gegenteil: Es wird als notwendig erachtet, ‚Migrant_innen‘ als Repräsentant_innen des Anderen *an sich* pädagogisch und sozialarbeiterisch anzusprechen, was auch die Implementation ‚interkultureller Kompetenzen‘ nötig mache. Die Steigerung der ‚interkulturellen Kompetenzen‘ des pädagogischen Personals gilt dabei als reflektiert einzusetzende antidiskriminatorische und nutzer_innenorientierte Professionalisierungsmaßnahme, deren Differenz reifizierendes Potenzial zu problematisieren und deren Kulturbegriff kritisch zu reflektieren sei (vgl. u. a. Gaitanidis 2004, Griese 2004, Otto/Schrödter 2006). Verweist doch die pädagogische Annahme, zur Verständigung mit den Repräsentant_innen des Anderen wären spezifische, nämlich ‚interkulturelle Kompetenzen‘ zu entwickeln, auf jenen in der öffentlichen Debatte dominanten Kulturbegriff, der ‚das Zusammenleben der Kulturen‘ - sowohl heterophil wie auch heterophob - als prinzipiell prekär vorstellt (vgl. Terkessidis 2002). In diesem Zusammenhang ist (sozial)pädagogisch zum einen die *Konstruktion des professionellen Anderen* in der Figur des/der ‚Sozialarbeiter_in mit Migrationshintergrund‘, der ein leichter Zugang zu der ‚Adressat_innengruppe Migrant_innen‘ zugeschrieben wird, feststellbar (vgl. Heite 2008). Zum anderen besteht jene *professionelle Konstruktion des Anderen* in Gestalt der ethnisierenden Benennung einer spezifischen Adressat_innengruppe: den ‚Migrant_innen‘.

Diese dichotom homogenisierende Repräsentation von Andersheit ist gegenzulesen mit der These, dass die Adressat_innen Sozialer Arbeit sich in Herrschaftsverhältnissen bewegen, in denen sie kraft Ungleichheitskategorien wie Ethnizität, „Rasse“, Klasse, Kultur, Geschlecht, Gesundheit, Sexualität, Staatsbürgerschaft, Behinderung über ungleiche Möglichkeiten der materiellen, sozialen und politischen Teilhabe und Teilnahme verfügen. Einer Sozialen Arbeit, deren normatives Leitmotiv Gerechtigkeit ist - richtungweisend sind hier die Überlegungen einer Fundierung Sozialer Arbeit als „Gerechtigkeitsprofession“ (vgl. Schrödter 2007) - geht es professionstheoretisch und professionspolitisch um eine kritische Analyse dieser auf Differenzkonstruktionen beruhenden benachteiligenden Statuspositionierungen. Dies lässt sich dahingehend konkretisieren, dass Soziale Arbeit Personengruppen in

deren vielfältiger Betroffenheit von klassenbezogener Benachteiligung, Rassismus, Sexismus, Homophobie etc. adressiert und damit kritisch und verhindernd an der Wirklichkeit dieser Benachteiligungen, am Ernstfall von Gewalt und Missachtung ansetzt. Diese Interventionen gegen Diskriminierungen beinhalten eine anerkennungstheoretische Dimension, mit der sich die Forderung nach Unterlassung von Geringschätzung und Benachteiligung und folglich nach der Ermöglichung bisher diskreditierter, nicht anerkannter Formen der Lebensführung begründen lässt. Daraus resultiert jedoch nicht nur die affirmativ, sondern auch die transformativ ausgerichtete Anerkennung vergeschlechtlichter, rassifizierter oder kulturalisierter Differenz. Also das Bemühen darum, nicht ‚nur‘ den aus jenen Kategorien resultierenden spezifischen strukturellen Einschränkungen entgegen zu wirken - wie etwa geschlechterhierarchischen Benachteiligungen durch aktive Gleichstellungspolitiken zu begegnen - sondern auch die Kategorien selbst abzuschaffen. Bestehen kann eine solche Strategie beispielsweise darin, darauf zu insistieren, dass es „Rassen“ oder „zwei Geschlechter“ nicht gibt, Rassismus und Sexismus und den daraus resultierenden Interventionsbedarf allerdings sehr wohl.

Dabei reicht es jedoch nicht aus, gruppenspezifische Betroffenheiten von Diskriminierungen lediglich mit Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse als sozialarbeitsextern zu analysieren. Die Statuspositionierungen resp. Abwertungen der Adressat_innen drücken sich nicht nur in gesellschaftlichen, außer-professionellen Kontexten, sondern ebenso in der professionellen Statushierarchie, in der Form der Gestaltung des Erbringungsverhältnisses und des Erbringungskontextes aus. Damit stellt sich eine anerkennungstheoretische Perspektive für Soziale Arbeit als eine doppelte dar: als eine Perspektive auf Gesellschaft und eine Perspektive auf sich selber. In beiden Hinsichten relevant ist erstens die Ausweitung der Lebensgestaltungsmöglichkeiten der Adressat_innen in den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen. Zweitens erfordert sie professionelle (Selbst)Reflexion sowie Realisierungen sozialarbeiterischer Praxis, die den Statuspositionen und Bedürfnissen der Adressat_innen gerecht wird und die sich als demokratisch, gleichwertig und partizipativ beschreiben lässt. Folglich ist der Blick auch auf das Differenzverhältnis zwischen Professionellen und Adressat_innen zu richten.

Dieses ist professionstheoretisch als systematisch hierarchisches Verhältnis beschrieben, das bisher zahlreichen, z. B. expertokratie- und hierarchiekritischen, dienstleistungsorientierten oder reflexivitätstheoretischen Analysen und Reformulierungen unterzogen wurde (vgl. u. a. Dewe/Otto 2005, Olk 1986, Schaarschuch 2003). So wird von dieser kritisch-professionellen Seite her betont, zur Stärkung der Position der Adressat_innen gegenüber den Professionellen sozialarbeiterische Interaktionen offen, diskursiv und hierarchiereflexiv zu gestalten. Nun erschöpft sich jedoch die Hierarchie im Erbringungsverhältnis nicht lediglich in einem fachlich-theoretischen Wissensvorsprung der Professionellen oder mangelnder Anerkennung der Sichtweisen, Bedürfnisse und Wissensformen der Adressat_innen. Darüber hinaus - und hier besteht ein theoretisch-analytisches Desiderat ebenso wie Professionalisierungsbedarf - wiederholen sich Differenzlinien entlang von Klasse, Geschlecht, Sexualität, Ethnizität etc. in der Beziehung zwischen konkreten Professionellen und Adressat_innen. Diese Durchwobenheit der professionellen Situation von Dominanzverhältnissen ist zu erkennen und entsprechende rassistische, sexistische, klassenspezifische Herrschaftsverhältnisse sind in der professionellen Situation zu reflektieren und weitestmöglich aufzuheben. Im Sinne partizipatorischer Parität sind die Adressat_innen im Erbringungsverhältnis als gleichberechtigte Interaktionspartner_innen anzuerkennen, auch um Professionalität als „Vollzug einer lebendigen, zukunfts offenen Beziehung in einem Arbeitsbündnis zwischen ganzen Menschen“ (Oevermann 1996: 122) zu erfüllen. Dies ist als Prozess unabschließbar und erfordert in Analyse und Theoriebildung eine gesteigerte (Selbst)Reflexionsfähigkeit der einzelnen Professionellen ebenso wie der Sozialen Arbeit als Kollektivakteur. Bedeutsam ist sowohl die Fähigkeit der disziplinären und professionellen Sozialarbeitsakteure, die eigenen Differenzierungs- und Zuschreibungspraxen zu erkennen und zu verändern als auch die eigene Eingebundenheit in Herrschaftsverhältnisse einzubedenken. Eine Absicht solch differenz- und herrschaftskritisch reflektierter professioneller Interventionen sowie disziplinärer Analyse und Theoriebildung besteht dann vor dem Hintergrund der Infragestellung der eigenen Zugehörigkeiten zur Profession und zu kulturellen, sozialen, ethnisierten, vergeschlechtlichten, religiösen Gruppen und entsprechender Werthaltungen u. a. darin, diese eigenen Zugehörigkeiten und Werthaltungen im professionellen Sinne nicht auf die Adressat_innen zu übertragen, sondern diesen mit Rekurs auf

eine - ebenfalls im genannten Sinne zu überprüfende - professionelle Ethik Möglichkeiten zu schaffen, ihre eigenen Zugehörigkeiten zu hinterfragen, neu zu wählen und ihr Leben von nun an anders oder aber auch so wie bisher zu gestalten.

Soziale Arbeit hat also die Adressat_innen - in jener introspektiv-selbstreflexiven Perspektive auf die eigene Profession und die eigene Position als Theoretiker_in, Forscher_in, Sozialarbeiter_in - als Freie und Gleiche anzuerkennen und deren Möglichkeiten zu partizipatorischer Parität zu gewährleisten. Mithin gilt es für disziplinäre und professionelle Praxen der Theoriebildung, Analyse, Deutung und Intervention in der doppelten Perspektive selbstreflexiver und gesellschaftsanalytischer Überlegungen eine - nur paradoxal *erscheinende* - Bewegung von Anerkennung und Anzweifelung zu realisieren: diese anerkennt die Andersheit auf eine Weise, die Differenz nicht essenzialisiert, sondern ‚andere‘ Formen der Weltdeutung und Lebensführung - als aus guten Gründen getroffene Entscheidungen der jeweiligen Akteure - nicht-wertend zulässt, Adressat_innen zu solchen autonomen Entscheidungen befähigt sowie spezifische Lebenslagen ebenso wie Wünsche und Bedürfnisse ungleichheitsanalytisch erfasst, gerechtigkeits-theoretisch prüft und demgemäß relationiert.

Soziale Arbeit als Profession und Disziplin beabsichtigt damit auch die Abschaffung von Ungerechtigkeit und die Verbesserung der Lebenschancen ihrer Adressat_innen. Die anerkennungstheoretische Idee stellvertretender Repräsentation zeigt sich dabei als instruktiv für die Idee „advokatorischer Ethik“ (Brumlik 1992). Eine solche sichert die individuelle Integrität und die Rechte der Adressat_innen im Sinne deren „körperlicher Unversehrtheit, psychischer Anerkennung als handlungs- und verantwortungsfähige Person sowie dem Respekt vor der kulturellen Zugehörigkeit der Person“ (Brumlik 2000: 281). In der direkten ebenso wie in der indirekten Interaktion zwischen Professionellen und Adressat_innen erlaubt anerkennungstheoretisch fundierte Professionalität, vielfältige Differenzverhältnisse zu repräsentieren, für die Möglichkeit zu Differenz und ebenso für die Abschaffung von Ungleichheit und Benachteiligung einzutreten. In professioneller Fallarbeit, in der Gestaltung deren organisatorischer Rahmenbedingungen und in der Theoriebildung Sozialer Arbeit sind Analysen, Deutungen, Konzepte und Handlungsmodelle zu entwickeln und stetig auf ihre Angemessenheit zu überprüfen, die den strukturellen Lebenswirklichkeiten ebenso wie den individuell geäußerten Bedürfnissen unterschiedlichster Adressat_innengruppen gerecht werden.

Anerkennungstheoretisch informierte fallbezogene, analytische und theoriebildende Deutungen haben also die diversen Lebensrealitäten, Selbstdeutungen, Präferenzen und Dispositionen der Adressat_innen ernst zu nehmen, sie in ihrer Andersheit anzuerkennen und gleichzeitig Differenzverhältnisse und Praxen der Differenzierung in Frage zu stellen. Die statusbezogene anerkennungstheoretische Informiertheit bietet Möglichkeiten, sowohl die Adressat_innenperspektive als auch professionelle Praxen der Konstruktion von Differenz kritisch aufzuarbeiten, gegebenenfalls zu dekonstruieren und theoretisch sowie feldbezogen zu relationieren. Zu vermeiden ist so Differenzeuphorie ebenso wie Differenzblindheit, wenn nach ungleichen Partizipationsmöglichkeiten und benachteiligenden Statuspositionierungen gefragt wird. Eine solche analytische, theoretische und professionelle Frage-richtung zieht in Erwägung, dass die Anerkennung subjektiver und kollektiver Differenz einerseits gerechtigkeits-theoretisch begründungsfähig, aber andererseits als Teil aktueller Legitimation von Ungleichheit zu kritisieren ist. Mithin kann Anerkennung in einer reflexiven, skeptischen Anwendung für die Zielperspektive Sozialer Arbeit implementiert werden, die die (Wieder)Herstellung von Autonomie der Lebenspraxis der Adressat_innen intendiert, welche maßgeblich von jenen Differenzierungslinien beeinflusst werden. In diesem Sinne erscheint es möglich, nicht-affirmativ, nicht-identitär und nicht-essenzialisierend differenzsensibel und differenziert nach Einschränkungen der Möglichkeiten autonomer Lebensführung und gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten zu fragen.

Der Blick ist also zu richten auf die Wirkung von Differenz als Mechanismus struktureller Benachteiligung und diskriminierender Statuspositionierung. Umgekehrt lässt sich die Zielperspektive ‚Autonomie der Adressat_innen‘ anerkennungsanalytisch als „partizipatorische Parität“ definieren, also als Möglichkeit zu gleichberechtigter Teilhabe und Teilnahme an Sozialer Arbeit und Gesellschaft und der Möglichkeit von Personen und Gruppen „as full member of society, capable of participating on a par with the rest“ (Fraser 2000: 113) die Form eines Lebens zu leben, die ihnen jeweils lebenswert erscheint, ohne dass diese Form der Lebensgestaltung zu Diskriminierung oder Missachtung führt. In dieser anerkennungstheoretischen Bestimmung kann Differenz ohne Aufgabe eines ungleichheitsanalytischen Blicks

zugunsten der Ermöglichung spezifischer Seins- und Lebensweisen anerkannt werden, kann diesen differnten Vorstellungen Realisierungsraum verschafft werden und ist es gangbar, sich zugleich kritisch gegenüber der Essenzialisierung und Kulturalisierung der Differenz zu verhalten, indem Differenz als resultierend aus den Entscheidungen subjektiver und kollektiver Akteure für oder gegen spezifische Seins- und Lebensführungsweisen resultierend betrachtet wird. Akteuren steht es in einem nicht-kommunitaristischen Verständnis sozialer oder kultureller Zugehörigkeiten frei, sich für oder gegen diese zu entscheiden, sie zu kombinieren, aus ihnen auszuscheiden und neue Zugehörigkeiten zu entwickeln. Für solche Potenzialitäten hat Soziale Arbeit theoretisch und praktisch zu sprechen. So ist es Aufgabe Sozialer Arbeit, die Anzahl der Alternativen zu vergrößern und gleichzeitig dafür einzutreten, dass keinerlei Verpflichtung besteht, diese auch wahrnehmen zu müssen. Ein solches Verständnis Sozialer Arbeit als Verfechterin der Option zur Differenz bedingt zugleich die spezifische Ethik einer advokatorischen Professionalität. Dies auch in Form von angemessenen Repräsentationen von Differenz, Differenzierungen und entsprechenden Benachteiligungsstrukturen in Absprache mit und im Namen der Betroffenen öffentlich zu vertreten und gegen die von den als ‚Anders‘ konstruierten erfahrenen Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten zu widersprechen, bildet sich dabei als Aufgabe einer differenzanerkennenden und differenzkritischen Sozialen Arbeit ab. Im Zentrum dieser Gleichzeitigkeit von Differenzanerkennung und Differenzkritik steht die Analyse eingeschränkter Handlungsmöglichkeiten der Akteure in und außerhalb ihrer jeweiligen Differenz. Ausgeschlossen ist damit eine unreflektierte Differenzanerkennung, die eine Infragestellung der Differenz(en) selbst und deren gerechtigkeits-theoretisch relevante Relationierung verunmöglicht.

Literatur

- Andersen, Margaret L. (2005): Thinking about Women. A Quarter Century's View. In: Gender & Society, Vol 19, August 2005, pp 437-455
- Andersen, Margaret L./Collins, Patricia Hill (ed.) (2004): Race, class, and gender: An anthology. 5th ed. Belmont: Wadsworth
- Beer, Ursula (Hg.) (1987): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld: AJZ-Verlag
- Bienfait, Agathe 2006: Im Gehäuse der Zugehörigkeit. Eine kritische Bestandsaufnahme des Mainstream-Kulturalismus. Wiesbaden: VS
- Brunkhorst, Hauke (1996): Solidarität unter Fremden. In: Combe, Arno/Helsper, Werner (Hg.): Pädagogische Professionalität: Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 340-367
- Brumlik, Micha (2000): Advokatorische Ethik und sozialpädagogische Kompetenz. In: Müller, Siegfried/Sünker, Heinz/Olk, Thomas/Böllert, Karin (Hg.): Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven. Neuwied, S. 279-287
- Brumlik, Micha (1992): Advokatorische Ethik. Zur Legitimation pädagogischer Eingriffe, Bielefeld: KT-Verlag
- Dewe, Bernd/Otto, Hans-Uwe (2005): Reflexive Sozialpädagogik. Grundstrukturen eines neuen Typs dienstleistungsorientierten Professionshandelns. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. VS, Wiesbaden, S. 179-198
- Eggers, Maureen Maisha/Kilomba, Grada/Piesche, Peggy/Arndt, Susan (Hg.) (2005): Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland, Münster: Unrast
- Fraser, Nancy (2003): Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In: Fraser/Honneth (Hg.): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. FaM: Suhrkamp S. 13-128
- Fraser, Nancy (2000): Rethinking Recognition. In: *new left review* 3/2000, S. 107-120.
- Frerichs, Petra (1997): Klasse und Geschlecht 1. Arbeit. Macht. Anerkennung. Interessen. Opladen: Leske + Budrich
- Frerichs, Petra/Steinrücke, Margareta (Hg.) 1993: Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse. Opladen: Leske + Budrich

- Frye, Marilyn (1983): On Being White: Thinking toward a Feminist Understanding of Race and Race Supremacy. In: dies.: The Politics of Reality: essays in feminist theory. Freedom: The Crossing Press. S. 110-127
- Fuchs, Brigitte/Habinger, Gabriele (Hg) (1996): Rassismen und Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien: ProMedia
- Gottschall, Karin (2000): Soziale Ungleichheit und Geschlecht. Kontinuitäten und Brüche, Sackgassen und Erkenntnispotentiale im deutschen soziologischen Diskurs. Opladen: Leske + Budrich
- Gottschall, Karin (1995): ‚Geschlecht‘ und ‚Klasse‘ als Dimensionen des sozialen Raums. Neuere Beiträge zum Verhältnis von Geschlechterhierarchie und sozialer Ungleichheit. In: Wetterer, Angelika (Hg.) 1995: Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen, Frankfurt/New York: Campus S: 33-50
- Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación /Steyerl, Hito (Hg.) (2003): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster: Unrast
- Groh, Olaf; Keller Carsten (2001): Armut und symbolische Gewalt. In: Rademacher, Claudia; Wiechens, Peter (Hg.): Geschlecht – Ethnizität – Klasse. Zur sozialen Konstruktion von Hierarchie und Differenz. Opladen: VS, S. 177–200
- Heite, Catrin (2008): Ungleichheit, Differenz und ‚Diversity‘. Zur Konstruktion des professionellen Anderen. in: Böllert, Karin/Karsunky, Silke (Hg.): Genderkompetenz in der Sozialen Arbeit, Wiesbaden: VS-Verlag S. 77-87
- Honneth, Axel/Rössler, Beate (Hg.) (2008): Von Person zu Person. Zur Moralität persönlicher Beziehungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- hooks, bell (2000): Where We Stand: Class Matters. New York: Routledge
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (2008): Über-Kreuzungen: Fremdheit, Ungleichheit, Differenz. Münster. Westfälisches Dampfboot
- McCall, Leslie (2005): Managing the Complexity of Intersectionality. In: Signs. Journal of Women in Culture and Society, 30/3, S. 1771-1800
- Olk, Thomas (1986): Abschied vom Experten, Sozialarbeit auf dem Weg zu einer alternativen Professionalität. Weinheim
- Schaarschuch, Andreas (2003): Die Privilegierung des Nutzers. Zur theoretischen Begründung sozialer Dienstleistung. In: Olk, Thomas/Otto, Hans-Uwe (Hg.): Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlagen, Entwürfe und Modelle. München, S. 150-169
- Terkessidis, Mark (2002): Der lange Abschied von der Fremdheit. Kulturelle Globalisierung und Migration. In: APuZ 12/2002, S. 31-38
- Tiðberger, Martina/Dietze, Gabriele/Hzán, Daniela/Husmann-Kastein, Jana (Hg.) (2006): Weiß – Weißsein - Whiteness. Kritische Studien zu Gender und Rassismus. Critical Studies on Gender and Racism. Frankfurt am Main: Peter Lang
- Walgenbach, Katharina/Dietze, Gabriele/Hornscheidt, Antje/Hzán, Daniela/Palm, Kerstin (Hg.) (2007): Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität. Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Widersprüche (2007), Heft 104: „Alles schön bunt hier!“ Zur Kritik kulturalistischer Praxen der Differenz